

Moderate Lohnzuwächse - die richtige Strategie

Die deutsche Volkswirtschaft hat sich erfolgreich den zahlreichen Herausforderungen der vergangenen Jahre gestellt. Ob Wirtschafts- und Finanzkrise nach der Lehmann-Pleite, Euroschuldenkrise, geopolitische Unwägbarkeiten, Geldschwemme und Niedrigzinsen, Terrorismusgefahr und aktuell Flüchtlingszustrom – die Wirtschaft in Deutschland erweist sich bislang als robust und tragfähig. Die Gründe hierfür liegen in der hohen Wettbewerbsfähigkeit, Leistungsbereitschaft und Innovationskraft der Unternehmen. Die Tarifvertragsparteien haben durch eine verantwortungsvolle Lohnpolitik nicht nur zu wachsender Beschäftigung und sinkender Arbeitslosigkeit beigetragen, sondern auch Reallohnsteigerungen ermöglicht. In den aktuellen Tarifrunden in der Metall- und Elektrobranche, im Bauhauptgewerbe sowie im Öffentlichen Dienst fordern die Gewerkschaften erneut zwischen fünf und sechs Prozent mehr Entgelt. Auf den ersten Blick erscheint dies vielen angemessen, doch ist dies auch tatsächlich volkswirtschaftlich vertretbar?

Markante Lohnforderungen

Die gute Wirtschaftslage rechtfertigt kräftig Lohnerhöhungen – so die Auffassung der Gewerkschaften. Dank der robusten Konjunktur trotz vieler Unsicherheiten konnte sich in den vergangenen Jahren eine solide und erfreuliche Entwicklung am Arbeitsmarkt einstellen. Das umsichtige Handeln der Tarifvertragsparteien in der Vergangenheit hat letztlich dazu geführt, dass der Arbeitsmarkt seit Jahren immer wieder neue Höchststände bei der Beschäftigung erreicht hat. 2016 waren 43 Millionen Menschen erwerbstätig. Die Zahl der Arbeitslosen ging auf 2,7 Millionen im Dezember 2015 zurück. Es stellt sich somit die Frage, warum gerade jetzt, wo die Herausforderungen an Deutschland nicht weniger, sondern eher mehr werden, kräftige Lohn- und Gehaltserhöhungen von teilweise bis 6 Prozent gefordert werden.

Bei steigenden Reallöhnen ...

Seit dem Jahreswechsel 2013/2014 betragen die Nominallohnzuwächse kontinuierlich zwischen 2,5 und 3 Prozent. Die Inflation ist dagegen in dieser Zeitspanne gegen nahezu Null konvergiert. Konkret bedeutet dies, dass sich die Reallohne momentan fast wie die Nominallöhne entwickeln. So wurde 2015 ein Reallohnzuwachs von 2,5 Prozent im Vorjahresvergleich erreicht. Für die Arbeitnehmer und zugleich Verbraucher blieb also 2015 deutlich mehr Geld im Portefeuille.

monnaie. Die reale Kaufkraft stieg – auch dank der niedrigen Energiepreise.

.. und schwierigerem wirtschaftlichem Umfeld ...

Die aktuell gute wirtschaftliche Lage sollte den Blick nicht dafür verstellen, dass eine eingehendere Betrachtung ein differenziertes Bild ergibt. Die konjunkturellen Perspektiven haben sich in den vergangenen Monaten eingetrübt. Die Auftragseingänge schwanken stark, die Kapazitäten reichen weitgehend zur Deckung der Nachfrage aus. Die Unternehmensinvestitionen bleiben zurückhaltend. Der deutsche Warenexport zeigte sich zu Jahresbeginn ungewohnt schwach und auch die Aussichten bleiben vorerst verhalten aufgrund der verschlechterten konjunkturellen Perspektive der Weltwirtschaft. Für 2016 wird zudem keine Änderung der Wachstumsrate des Bruttoinlandsproduktes erwartet, sie entspricht nahezu nur dem Produktionspotential. Gleichzeitig nehmen die globalen Unsicherheiten zu.

.. empfehlen sich weiter moderate Lohnzuwächse

Trotz der aktuell erfreulichen Situation am Arbeitsmarkt sollten unverhältnismäßig hohe Lohnzuwächse unterbleiben. Denn andernfalls würden nötige Handlungsspielräume in wieder schwierigeren Zeiten verspielt und damit langfristig Arbeitsplätze gefährdet. Außerdem drängen hunderttausende Flüchtlinge und Migranten auf den Arbeitsmarkt

meist ohne die für eine Beschäftigung erforderlichen Qualifikationen und Kompetenzen. Die Bundesagentur für Arbeit rechnet daher mit einem leichten Anstieg der Arbeitslosigkeit in diesem Jahr.

Unter langfristigen und nachhaltigen Kriterien sind moderate Lohnzuwächse weiterhin der richtige Ansatz. Zu hohe Lohnzuwächse würden zulasten der Wettbewerbsfähigkeit der Unternehmen gehen. Viele Unternehmen haben bereits mit zunehmendem Preisdruck und der abgeschwächten Weltwirtschaft zu kämpfen. Würde sich der Druck noch durch steigende Lohnkosten erhöhen, so würde der Spielraum für Investitionen und somit die Attraktivität des Standorts Deutschland noch weiter geschwächt.

Investitionen in die langfristige Wettbewerbsfähigkeit sind aber der Schlüssel zum Wirtschaftswachstum von morgen. Nur ein stetiges und stabiles Wachstum garantiert langfristig hohe Beschäftigung und Wohlstand. Die Gewerkschaften sollten daher zu vertretbaren und realistischen Forderungen zurückkehren, die Politik sollte die Unternehmen durch eine langfristig angelegte Strategie unterstützen, deutlich mehr in Bildung und Infrastruktur zu investieren. So könnte Fachkräftemangel langfristig entgegenwirkt und zugleich die Attraktivität von Arbeitsplätzen in Deutschland gestärkt werden.

[Moritz Melchior/Michael Alber/Denis Henkel]

BGA AKTUELL

BGA: Deutscher Außenhandel trotz eintrübenden Konjunkturaussichten

„Nach einem verhaltenen Jahresauftakt ist der Export nun auf alte Wachstumspfade zurückgekehrt. Dabei profitieren wir vor allem von dem Handel mit unseren europäischen Nachbarn. Mager fällt hingegen die Bilanz mit den außereuropäischen Handelspartnern aus, trotz der nochmals forcierten EZB-Politik des billigen Geldes.“ Dies erklärt BGA-Präsident Anton F. Börner in Berlin zur Entwicklung des deutschen Außenhandels.

Zuvor hatte das Statistische Bundesamt die Außenhandelszahlen für Februar 2016 bekannt gegeben. Demnach betrug der Wert der deutschen Exporte 99,5 Milliarden Euro, ein Plus von 4,1 Prozent im Vorjahresvergleich. Mit einem Warenwert von 79,3 Milliarden Euro sind die deutschen Importe im selben Zeitraum fast gleichwertig um 4,0 Prozent

gewachsen. Damit schloss die Außenhandelsbilanz mit einem Überschuss von 20,3 Milliarden Euro ab.

„Die Februar-Ergebnisse zeigen, dass die schwächelnde Konjunktur in den Drittländern auch Folgen für unsere Geschäfte hat. Darüber hinaus gibt es weitere Unsicherheitsfaktoren wie beispielsweise die Frage, wie die europäischen Mitgliedsstaaten mit den momentanen wirtschaftlichen, politischen und sozialen Herausforderungen umgehen. Ein BREXIT beispielsweise hätte große Auswirkungen nicht nur für Großbritannien selbst, sondern auch die in der EU verbleibenden Länder. Auf Dauer wird daher auch der künstlich niedrig gehaltene Eurokurs es nicht schaffen, den deutschen Außenhandel in diesen turbulenten Zeiten in ruhigem Fahrwasser zu halten. Vielmehr ist er ein zusätzlicher Risikofaktor“, so Börner abschließend.

① BGA-Pressemitteilung vom 8. April 2016

Albanien und Kosovo: Perspektiven für deutsche Unternehmen

„Albanien und Kosovo: Perspektiven für deutsche Unternehmen“ – die ist das Thema eines **Wirtschaftsforums**, dass **am Freitag, 29. April 2016**, von 10:00 bis 13:00 Uhr, im Alster-Zimmer der Handelskammer Hamburg, Adolphsplatz 1, 20457 Hamburg stattfindet.

Albanien und das Kosovo sind zwei aufstrebende Länder im westlichen Balkan, deren wirtschaftliche Entwicklung von der Politik in Deutschland nachhaltig unterstützt wird.

Die Chancen und auch die Herausforderungen für Investitionen, Handel, Dienstleistungen und Tourismus stehen im Mittelpunkt. Zum Wirtschaftsforum laden die Deutsch-Albanische Wirtschaftsvereinigung und die Handelskammer Hamburg in Zusammenarbeit mit dem AGA Unternehmerverband, dem Osteuropaverein der deutschen Wirtschaft und der Deutsch-Kosovarischen Wirtschaftsgesellschaft ein.

Das Forum informiert über die wirtschaftlichen Perspektiven und rechtlichen Rahmenbedingungen. Experten aus der Wirtschaft stehen mit ihren langjährigen und kenntnisreichen Erfahrungen als Gesprächspartner interessierten Unternehmen, die nach neuen Geschäftsfeldern in Europa suchen, zur Verfügung und bieten interessante Möglichkeiten zu Erstkontakten. Die Veranstaltung findet in deutscher Sprache statt.

① Die Teilnahme an der Veranstaltung ist kostenfrei. Anmeldungen bitte bis zum 22. April 2016 an die DAW unter michael.alber@bga.de zu richten.

Chemiehandel im April 2016

Im ersten Halbjahr 2015 konnte der deutsche Chemikalien-Groß- und Außenhandel an die positive Entwicklung im Jahr 2014 anknüpfen und sowohl Mengen- wie auch Umsätze gut behaupten. Leider setzte sich diese Entwicklung im dritten und insbesondere im vierten Quartal nicht fort, so dass sich der Mengenabsatz des lagerhaltenden Platzhandels 2015 insgesamt um 1,4 % auf 6,26 Millionen Tonnen und der Umsatz um 0,6 % auf 4,10 Milliarden Euro verringerten. Im Außen- und Spezialitätenhandel führte die sich verschlechternde konjunkturelle Situation in wichtigen Liefer- und Absatzländern in Verbindung mit dem weiter gefallenen Ölpreis zu einem Umsatzrückgang um 5,9 % auf 8,75 Milliarden Euro.

Die verhaltene konjunkturelle Entwicklung veranlasst viele Unternehmen sich noch stärker auf die Vermarktung höherwertiger, beratungsbedürftiger Produkte zu fokussieren. Die gerade in mittelständischen Unternehmen vorhandene Innovations- und Investitionsbereitschaft wird jedoch in erheblichem Umfang dadurch behindert, dass der Gesetzgeber das Vorsorgeprinzip für das Inverkehrbringen und die Verwendung von Chemikalien zum Teil ad absurdum führt. Dies gilt nach wie vor im Bereich REACH sowie im Biozid- und Anlagenrecht und den daraus resultierenden Genehmigungsverfahren.

Eine zunehmende Belastung für die Branche sind infrastrukturelle Entwicklungen, insbesondere die massiven Mängel in der Verkehrsinfrastruktur, deren Beseitigung aufgrund der desolaten Lage der öffentlichen Haushalte kaum vorankommt. Ferner muss sich der Chemiehandel in vielfältiger Weise den Herausforderungen durch die fortschreitende Digitalisierung stellen. Dies reicht von der Ausbildung ihrer Mitarbeiter über die Modernisierung und Weiterentwicklung ihrer EDV-Systeme bis zur Neugestaltung ihrer Einkaufs-, Vertriebs- und Logistikstrukturen.

① VCH-Pressemitteilung (Auszug) vom 5. April 2016

AUSSENWIRTSCHAFT

Kenia Business Forum mit dem Präsidenten der Republik Kenia

An dem Business Forum mit Uhuru Muigai Kenyatta, Präsident der Republik Kenia, nahmen Anfang April rund 180 Teilnehmer, teil. Begleitet wurde er von einer kenianischen Wirtschaftsdelegation. Das Business Forum wurde gemeinsam von BDI, BGA und DIHK organisiert.

Kenyatta betonte in seiner Rede, dass die regionale wirtschaftliche Integration für Kenia eine zentrale Rolle spiele. So streben die regionalen Organisationen „Common Market für Eastern and Southern Africa“ (COMESA), die „East African Community“ (EAC) und die „Southern African Development Community“ (SADC) ein gemeinsames Handelsabkommen für die Region an. Heinz-Walter Große, Vorsitzender der Subsahara Afrika Initiative (SAFRI), gab im Rahmen des Forums bekannt, dass der kommende German African Business Summit Anfang nächsten Jahres in Kenia stattfinden wird.

[Anna Peter]

AGRAR- UND ERNÄHRUNGSWIRTSCHAFT

Personal-Veränderung im Kabinett von Agrar-Kommissar Hogan

Christiane Canenbley wird künftig zum engsten Mitarbeiterkreis von EU-Agrarkommissar Phil Hogan gehören. Sie folgt dort auf Carl-Christian Buhr, der in die Privatwirtschaft wechselt.

Die Deutsche war zuletzt Assistentin des Leiters der Generaldirektion für Agrarpolitik. Laut Europäischer Kommission verfügt sie über große Kompetenz in der Umwelt- und Klimapolitik und damit in zwei Themenfeldern, die zunehmend ins Zentrum der Gemeinsamen Agrarpolitik (GAP) rücken. Darüber hinaus wird sie voraussichtlich auch für die Beziehungen zum Europäischen Amt für Betrugsbekämpfung (OLAF) und für Haushaltskontrolle zuständig sein.

Canenbley ist studierte Agrarökonomin und Politikwissenschaftlerin. Nach ihrem Studium war sie zunächst an verschiedenen Forschungsprojekten beteiligt und arbeitet seit

2005 bei der Europäischen Kommission in der Generaldirektion Landwirtschaft und ländliche Entwicklung. Hier war sie zuerst im Bereich Politikevaluierung und dann im Referat für Umweltfragen und seit 2012 im Referat für Politikanalyse und Politikkonzeption tätig. Die Integration von Umweltbelangen stellt den Schwerpunkt ihrer Arbeit dar.

[Sebastian Werren]

KONJUNKTUR

Trotz rückläufiger Produktion und Auftragseingänge hellt sich die Stimmung in der Industrie auf

Im Februar ist die Produktion im Produzierenden Gewerbe leicht zurückgegangen. Nach Angaben des Statistischen Bundesamtes sank sie gegenüber dem Vormonat um 0,5 Prozent. Insbesondere die gedämpfte Produktion im Bereich der Investitions- und Konsumgüter war ausschlaggebend. Die Bauproduktion konnte allerdings erneut, dank der milden Witterung, ausgeweitet werden (+1,3 Prozent).

Insgesamt ist das Produzierende Gewerbe recht positiv in das Jahr 2016 gestartet. So kann für das erste Quartal 2016 von soliden Zuwächsen in der Industrieproduktion ausgegangen werden. Im Durchschnitt der Monate Januar und Februar liegt die Produktion in der Industrie um 1,9 Prozent über dem Durchschnittswert des vierten Quartals 2015, so das Bundesministerium für Wirtschaft und Energie (BMWi).

Die Auftragseingänge im Verarbeitenden Gewerbe sind im Februar gegenüber dem Vormonat um 1,2 Prozent nach Angaben des Statistischen Bundesamtes zurückgegangen. Grund war der unterdurchschnittliche Eingang an Großaufträgen. Die Bestellungen für Investitions- und Konsumgüter nahmen dabei um 2,1 bzw. 7,3 Prozent ab. Nach zwei deutlichen Rückgängen in den Vormonaten konnten die Auftragseingänge für Vorleistungsgüter wieder ein positives Vorzeichen mit 1,7 Prozent verbuchen. Das BMWi teilte mit, dass insgesamt positive Impulse aus dem Inland kamen, wogegen die Bestellungen aus dem Ausland zurückgingen.

Die Auftragseingänge im Verarbeitenden Gewerbe entwickeln sich zu Jahresbeginn zurückhaltend. Nach Einschätzung des BMWi bleiben die Auftragseingänge, ohne die schwankenden Großaufträge, in der Tendenz aufwärtsgerichtet. Insgesamt kann somit von einer moderaten auf

wärtsgerichteten Industriekonjunktur ausgegangen werden.

[Moritz Melchior]

Nachruf

Zum Tod von Diplom-Betriebswirt Leonhard Rode

Der BGA trauert um **Diplom-Betriebswirt Leonhard Rode**, der am 3. April 2016 verstorben ist.

Der gebürtige Ostwestfale Rode war bis zum Eintritt in den Ruhestand am 30.11.2005 als Geschäftsführer im Unternehmensverband WGAD tätig.

Seine verbandliche Karriere begann Rode im Jahr 1976 als Mitarbeiter der Geschäftsleitung in den Unternehmensverbänden der Metall-, Textil- und Chemieindustrie sowie des Arbeitgeberbundes mit Sitz in Bielefeld. Die Geschäftsführung in der Wirtschaftsvereinigung Groß- Außenhandel-Dienstleistungen übernahm Leonhard Rode im Juni 1996.

Rode führte den Unternehmensverband kompetent und mit großem persönlichen Engagement. Die der Wirtschaftsvereinigung angeschlossenen Mitgliedsunternehmen schätzten insbesondere seine freundliche und hilfsbereite Art sowie seinen stets ausgewogenen Rat.

Zitat der Woche

»Als die Nachricht kam, hab ich mich auf den Boden gekugelt und bin überall herumgehüpft.«

Émile Burbidge, 12, Chief Play Officer bei Toys R Us, über seine Ernennung zum Chefspielzeugtester beim kanadischen Konzern.

Impressum

Herausgeber: Bundesverband Großhandel, Außenhandel, Dienstleistungen e.V. | 10873 Berlin
Telefon: 030 590099-50 | Telefax 030 590099-519
info@bga.de | www.bga.de

Chefredaktion und V.i.S.d.P.: André Schwarz
Redaktion: Iris von Rottenburg
(in Zusammenarbeit mit den BGA-Fachabteilungen und den BGA-Mitgliedsunternehmen)

Redaktionsschluss: 14. April 2016
»DIREKT AUS BERLIN« erscheint wöchentlich